

## SPD-Fraktion

im Nürtinger Gemeinderat



Fraktionsvorsitzende  
Bärbel Kehl-Maurer

Michael Medla Thomas Kreß

Bernhard Schober

---

### Haushaltsrede 10. Januar 2017

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder kommen die Haushaltsdebatten, - am besten gleich nach Beginn des neuen Jahres, so dass wir alle uns keine Sorgen um die Freizeitgestaltung **zwischen den Jahren** machen müssen.

Das bedeutet, dass wir – auch in diesem Jahr wieder - diskutieren, debattieren **und** Entscheidungen treffen müssen – so wie es leider aussieht, vielfach über die gleichen Themen und Probleme wie in den Jahren zuvor.

#### Warum ist das so?

Entscheidungen verlangen ein **verlässliches** Zahlenwerk. Einen Haushaltsentwurf, auf dessen Basis die Entscheidungen zum Wohl der Bürger dieser Stadt getroffen werden können.

Sehen wir uns aber den Haushalt 2017 genauer an, dann stellen wir bei der einen oder anderen Kostenstelle oder dem einen oder anderen Projekt fest, dass die vorliegenden Zahlen **nicht belastbar** sind. So fehlen z.B. die Eröffnungsbilanz und damit auch die **echten** Abschreibungen, die sich am Vermögenswert orientieren! Andererseits aber kursieren fiktive Abschreibungen, die weder nachvollziehbar noch nachprüfbar sind!

Bereits 2016 hatte die SPD-Fraktion angemahnt, dass der Investitionsplan übersichtlicher sein sollte. Bisher leider vergebens. So ähnelt die Beschäftigung mit dem Haushalt auch in diesem Jahr mehr einem Herumirren im Nebel als einer zügigen Fahrt bei klarer Sicht.

Trotzdem geben wir die Hoffnung nicht auf: Was offensichtlich verwaltungsintern nicht zu lösen ist, soll für 2017 von einer **externen** Firma erstellt werden! Wir **erwarten** allerdings, dass dies - angesichts unserer knappen Nürtinger Finanzen – **kostenmäßig in dem vorgesehenen Rahmen** bleibt. So bleibt zu hoffen, dass wir mit einer solchen Eröffnungsbilanz endlich einmal eine tragfähige Grundlage für den Haushalt 2018 haben werden.

## **Wie sieht die Haushaltssituation der Stadt Nürtingen aus?**

Mit einer gewissen Erleichterung sehen wir, dass sich die Haushaltssituation der Stadt Nürtingen entspannt hat. Aus laufender Verwaltungstätigkeit soll es ein Plus von 5,5 Millionen geben. Und auch für die kommenden 3 Jahre sind - aller Voraussicht nach - durchschnittlich 4,0 Millionen Euro zu erwarten. Vorausgesetzt natürlich, die Gewerbesteuer, die Schlüsselzuweisungen durch das Land sowie der Einkommensteuer-Anteil entwickeln sich so wie vorhergesehen.

Dazu kommt die niedrige Kreisumlage, die auf jahrelanges Drängen u. a. der SPD-Kreistagsfraktion kontinuierlich gesenkt worden ist. 2011 lag sie bei noch 39 Hebesatzpunkten. Jetzt ist sie bei 32,5. Dadurch erhöht sich der Spielraum für die Kommunen – und eben auch für Nürtingen.

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass wir 2016 keine weiteren Darlehen aufnehmen mussten, obwohl bei den Haushaltsberatungen 2016 noch von 12 Millionen zusätzlichen Schulden die Rede war. So blieb der Schuldenstand seit 2013 gleich. Derzeit hat Nürtingen eine der **geringsten pro Einwohner-Verschuldungen in der gesamten Region**, nämlich nur 400 Euro.

## **Warum ist dies so?**

Viele der Projekte, die wir diskutiert oder entschieden haben, wurden nicht umgesetzt. Sie wurden **ausgesetzt oder ausgesessen**, wie z. B. das Hölderlinhaus. Dies sieht man an den Mitteln, die von 2016 auf 2017 übertragen werden.

Oder es wurden neue Wege beschritten, z. B. dass Kinderhäuser von Freien Trägern betrieben werden sollen, wie etwa das Kinderhaus Martin-Luther-Hof oder das Kinderhaus Braike.

**Wie auch immer; Tatsache ist, dass sich die finanzielle Situation Nürtingens wesentlich verbessert hat.** Wir sollten deshalb **endlich** die Projekte realisieren, die schon seit langem anstehen, vielfach diskutiert und wiederum verschoben wurden. Schließlich wollen wir Nürtingen zukunftssicher machen!

**Seitens der SPD-Fraktion sehen wir für 2017 - wie bereits auch für 2016 - die folgenden drei Handlungsfelder:**

## **Wohnen – Stadtentwicklung - Bildung.**

**Unser erstes Ziel: bezahlbaren Wohnraum schaffen.**

## **Wir brauchen Wohnraum für Alle! Für jede familiäre Konstellation! Für jeden Geldbeutel!**

Die Zahl der Nürtinger ist gestiegen, ebenso die Anzahl der Arbeitnehmer -- durch die Ansiedlung von Betrieben in unseren Gewerbegebieten. Und der Trend wird sich fortsetzen! Menschen, die vor Ort arbeiten, wollen auch in Nürtingen wohnen und leben. Darauf **können und müssen** wir uns einstellen.

2016 haben wir als SPD den Antrag gestellt und gefordert die Baulandstrategie weiterzuentwickeln und zu optimieren:

### **Zielsetzung ist:**

- Entwicklung von neuen Baugebieten,
- Innenstadtverdichtung,
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- eine (mindestens) 20%-Quote für sozialen Wohnungsbau bei allen neuen Bauvorhaben innerhalb der Gemarkung Nürtingen.

An dieser Stelle ein großes Dankeschön an das Stadtplanungsamt, an Frau Schreiber und ihr Team für die Vorlagen, die Präsentation und die fundierten Informationen.

## **Das Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine städtische Wohnungsbaugesellschaft!**

Besonders für junge Familien, Alleinerziehende mit Kindern, Senioren, Menschen mit Beeinträchtigungen und Studierenden war und ist die Wohnsituation in Nürtingen sehr angespannt. Ebenso gibt es große Probleme für Familien und Paare mit **nur mittlerem Einkommen**. 316 Familien suchen aktuell Wohnungen, die sie sich leisten können.

Wir brauchen also Wohnraum in allen Preissegmenten, realisiert von privaten Investoren, genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Um **bezahlbarem** Wohnraum zu schaffen, ist es aber u. E. notwendig, eine **städtische** Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Dadurch ist auch garantiert, dass die Stadt in den Wohnungsmarkt steuernd eingreifen kann. Eine **städtische** Wohnungsbaugesellschaft hat zudem die Möglichkeit flexibel und – wenn notwendig - mit unterschiedlichen Wohnformen auf die derzeitige angespannte Wohnsituation in Nürtingen zu reagieren.

Dies hat die SPD-Fraktion bereits 2016 gefordert und das fordern wir jetzt wieder.

Die CDU-Fraktion sieht das anders und plädiert für den Eigenbetrieb Stadtbau, allerdings sind ihre Argumente keineswegs kostenneutral. So müsste etwa der Eigenbetrieb **organisatorisch weiterentwickelt** werden. Und auch das

Personal müsste durch einen **kompetenten Geschäftsführer und weitere Mitarbeiter** aufgestockt werden. **Das geht nicht zum Nulltarif!**

Aber wenn tatsächlich die Lösung „Eigenbetrieb“ die Optimale sein sollte, warum wurde dann in den letzten 2 Jahren der Eigenbetrieb Stadtbau nicht genutzt, um sozialen Wohnungsbau zu schaffen? Warum wurde diese Aufgabe der GWN übertragen, die bereits ihre Kernaufgabe nur schwer erfüllen kann?

Die CDU spricht in Hinblick auf eine **städtische** Wohnungsbaugesellschaft von mangelnder Transparenz bei den Schulden: Das ist Unsinn. Transparenz ist immer gegeben, weil Bilanzen immer offenzulegen sind – bei den Stadtwerken **ebenso** wie bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Die Addition von Schulden dürfte dann auch von einem Grundschüler leistbar sein. **Vorausgesetzt man will! Aber das scheint nicht überall der Fall zu sein.**

Darüber hinaus **muss man die Frage stellen dürfen, wofür man Schulden macht?**

Auch die Schulden eines „Häuslebauers“ orientieren sich – genauso wie die einer Kommune – daran, ob sie zukunftsweisend sind, also für die jetzigen **und** - vor allem - künftigen Nutzer einen Wert haben. Das gilt selbst dann, wenn künftige Generationen noch einen Teil davon abbezahlen müssen.

Wir bauen für die Zukunft, also auch für die nächsten Generationen. Das sollte nicht nur eine Prämisse der SPD-Fraktion sein, sondern damit sollte sich auch andere Fraktionen anfreunden können. Die dafür eingesetzten finanziellen Mittel schaffen Gegenwerte, die dann **dauerhaft** zur Verfügung stehen.

## **2. Stadtentwicklung: Realisierung Östliche Bahnstadt**

Eng verbunden mit dem Wohnungsbau ist die Stadtentwicklung. Beides bedingt sich gegenseitig. Stadtentwicklung heißt ein städtisches Gesamtkonzept zu schaffen, das dem Wohnungsbau einen Rahmen für Gestaltung und Umsetzung bietet. Dies ist mit der städtebaulichen Entwicklung der Östlichen Bahnstadt möglich. Hier hat unsere Stadt die Chance ein neues innenstadtnahes Quartier zu realisieren. Wichtigste Voraussetzung dafür ist der Hochwasserschutz im Tiefenbach. Nur dann kann eine Bebauung des Gebietes in der östlichen Bahnstadt erfolgen.

**Deshalb beantragt die SPD-Fraktion**, dass umgehend die Planungen für die notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen vorgelegt werden. Dabei sollten auch Alternativen aufgezeigt werden.

## **3. Bildung in Nürtingen**

## **Sanierung der Schulen**

Nürtingen nennt sich Schulstadt. Das ist berechtigt, denn Nürtingen ist Träger von Grundschulen und weiterführenden Schulen. Schulstadt heißt aber auch, dass die Stadt Voraussetzungen dafür schafft, dass die Schüler nach dem gültigen Bildungsplan unterrichtet werden können.

An den Nürtinger Schulen wurde schon vor geraumer Zeit Sanierungsbedarf festgestellt: So etwa notwendige Brandschutzmaßnahmen oder die Erneuerung der Fenster – um nur zwei Probleme davon zu nennen. Trotzdem wurden bei einigen Schulen seit Jahren bekannte und notwendige Sanierungsmaßnahmen noch nicht im Wirtschaftsplan der GWN berücksichtigt.

### **Wir beantragen,**

- dass die bereits vorhandene Liste der notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Nürtinger Schulen aktualisiert wird,
- Prioritäten gesetzt und
- diese mit den Schulleitungen abgestimmt werden.  
Damit wird eine bessere Transparenz geschaffen, die auch der Akzeptanz bei der Realisierung zugute kommt.  
Im 1. Halbjahr soll darüber im KA berichtet werden.
- dass 100.000 € für die dringendsten Sanierungsmaßnahmen am Hölderlingymnasium eingestellt werden.

## **Kinderbetreuung**

Die Nürtinger SPD hat bereits 2006 – also vor 10 Jahren ! - einen 10-Punkte-Plan zur Qualitätssicherung in den städtischen Einrichtungen aufgestellt, in dem wir den Ausbau der U3-Plätze, die Sprachförderung sowie die Einrichtung von Leitungsstellen in den Kinderhäusern gefordert haben. Dieser wurde 10-Punkte-Plan wurde erfreulicherweise in den letzten Jahren zumindest in Teilen umgesetzt.

In 10 Jahren verändert sich jedoch so Einiges. So gibt es inzwischen einen Rechtsanspruch für Kinder ab 1 Jahr auf einen Kinderbetreuungsplatz. Wir haben deshalb für 2016 diesen Plan an den gesellschaftlichen Veränderungen ausgerichtet und wiederum einen 10-Punkte-Plan – dieses Mal zur **Frühkindlichen Bildung** erstellt.

Eine ausreichende und funktionierende Kinderbetreuung ist eine **Pflichtaufgabe**, in die wir als Stadt investieren müssen. Neue U3-Plätze

müssen geschaffen werden, u. a. in dem neue Kinderhäuser gebaut oder unsere Kindergärten umgestaltet werden, um den geänderten Bedarf der Eltern zu decken.

Unsere Kinderbetreuungsplätze müssen aber auch für die Eltern bezahlbar sein. Das ist machbar, wenn die Elternbeiträge sozialverträglich nach Einkommensstufen festgelegt werden. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, den „Familienpass“ zu einer „Nürtinger Familien-Card“ weiterzuentwickeln.

Für die Erarbeitung entsprechender Konzepte sollte ein Beirat eingerichtet werden, in dem Eltern, Freie Träger, Erzieherinnen und Stadtverwaltung vertreten sind.

## **Die Sanierung des Hölderlinhauses als Bildungseinrichtung und Gedenkstätte**

Nürtingen nennt sich – wie schon erwähnt zu Recht – Schulstadt. So ist die Nürtinger Volkshochschule eine Bildungseinrichtung, deren Auftrag vom Land gefördert wird. Dieser Auftrag umfasst lt. Grundgesetz und Landesverfassung die allgemeine Weiterbildung und die politische Bildung. Er gilt flächendeckend auch als Instrument zur Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund.

Die Nutzung der vhs als **generationenübergreifende Bildungseinrichtung** mit ihren Angeboten zum **lebenslangen Lernen** stellt auch ein Kulturangebot dar. Das ist für unsere Bildungslandschaft ein guter Standard und kann von Kommunen der Größe Nürtingens erwartet werden.

Der Um- und Ausbau des Hölderlinhauses bietet die Möglichkeit die Attraktivität unserer vhs als zeitgemäße Bildungseinrichtung zu erhalten und weiter zu steigern. Das gilt insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung. Wenn wir die bereits beschlossene notwendige Sanierung und den Umbau nicht realisieren, dann wird eine erfolgreich arbeitende und bei den Bürgern geschätzte Einrichtung ihrer Grundlage – und damit ihrer Zukunft beraubt.

Die genannten Maßnahmen bieten zudem die Möglichkeit, **Nürtingen auch als überzeugte Hölderlinstadt** zu positionieren. Es wird eine deutliche Außenwirkung haben und auch die Attraktivität unserer Altstadt steigern, wenn wir in dem sanierten Hölderlinhaus eine **Hölderlin-Gedenkstätte** einrichten.

Nach 9 langen Jahren der Diskussionen und Abwägungen wird es Zeit endlich aktiv zu werden und zu handeln! Nutzen wir die von der Verwaltung aufgezeigte Finanzierungsmöglichkeit und schaffen wir beim **Hölderlinhaus und der vhs** endlich einmal Fakten! Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats diese **einmalige Chance** zu ergreifen und unsere Stadt voranzubringen.

**Die SPD-Fraktion beantragt deshalb,** dass die Sanierung des Hölderlinhauses so wie geplant umgesetzt und die dafür notwendigen Haushaltsmittel für die nächsten 3 Jahre in Höhe von 4,6 Millionen Euro eingestellt werden.

Unsere Anträge zu den einzelnen genannten Schwerpunkten haben wir formuliert und beigefügt.

Erlauben Sie mir noch eine abschließende Bemerkung:

Wir ehrenamtlichen Gemeinderäte haben die Pflicht Entscheidungen zum Wohle der Nürtinger Bürgerinnen und Bürger und der Stadt zu treffen. Wir dürfen uns dabei weder von parteipolitischen, vorwahlkampf-, wahlkampf-orientierten, privatwirtschaftlichen oder gar persönlichen Interessen leiten lassen. **Die Interessen der Bürger haben immer Vorrang!**

Und wir müssen lernen, endlich Prioritäten zu setzen. Und die begrenzten Mittel, die der Stadt zur Verfügung stehen, effizient einsetzen. Das ist schwer, - ich weiß. Aber es ist machbar. Nutzen wir dabei das zweifellos vorhandene Potential der Stadtverwaltung und gehen wir gemeinsam die Herausforderungen an, gemeinsam auch mit den Bürgern dieser Stadt.

Ich wünsche uns allen in diesem Sinne 2017 eine gute Haushaltsdebatte:

**eng an den Interessen der Nürtinger Bürger orientiert,  
konstruktiv,  
effizient,  
nachhaltig** und – nicht zu vergessen –  
**fair im Umgang miteinander!**

Danke.





# SPD-Fraktion

im Nürtinger Gemeinderat



Fraktionsvorsitzende  
Bärbel Kehl-Maurer

Michael Medla Thomas Kreß

Bernhard Schober

---

## Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2017 - 10. Januar 2017

### 1. Stadtentwicklung: Realisierung Östliche Bahnstadt

Mit der städtebaulichen Entwicklung der Östlichen Bahnstadt hat unsere Stadt die Chance ein neues innenstadtnahes Quartier zu schaffen.

Eine Voraussetzung für die Realisierung ist der Hochwasserschutz im Tiefenbach. Nur so kann eine Bebauung des Gebietes in der östlichen Bahnstadt umgesetzt werden kann.

#### Wir beantragen,

dass die Planungen für die notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen vorgelegt werden. Dabei sollten auch Alternativen aufgezeigt werden.

### 2. Lebenswertes Wohnen in Nürtingen

#### 2.1 Städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir brauchen Wohnraum in allen Preissegmenten, realisiert von privaten Investoren, genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist es aber notwendig, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Dadurch ist auch garantiert, dass die Stadt in den Wohnungsmarkt steuernd eingreifen kann. Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft hat die Möglichkeit flexibel und – wenn notwendig - mit unterschiedlichen Wohnformen auf die derzeitige angespannte Wohnsituation in Nürtingen zu reagieren.

#### Wir beantragen,

dass im Gemeinderat im 1. Halbjahr 2017 eine Grundsatzentscheidung getroffen wird und die Umsetzung schrittweise erfolgt.

#### 2.2 Die Stadt als Zwischenmieter

Damit Flüchtlinge sich noch schneller integrieren können, begrüßen wir die Unterbringung von Flüchtlingen im privaten Wohnungsmarkt. Die Stadt Nürtingen kann als Vermittler und Zwischenmieter diesen Prozess offensiver unterstützen.

#### Wir beantragen,

dass die Stadtverwaltung die „Zwischenmietkonzeption“ durch geeignete Öffentlichkeitsmaßnahmen („Kampagne für die Vermietung an Flüchtlinge“) unterstützt.

Die Verwaltung sollte dieses Konzept bis spätestens zum Ende des 1. Halbjahr 2017 im Gemeinderat vorstellen.

#### 2.3 Erbbaupachtverträge

#### Wir beantragen,

dass verstärkt Erbbaupachtverträge bei der Veräußerung von Flächen eingesetzt werden können. Wir würden es begrüßen, wenn dies bereits bei laufenden Projekten z.B. Kinderhaus Braike berücksichtigt wird.

### 3. Bildung in Nürtingen

#### 3.1 Sanierung der Schulen

An den Nürtinger Schulen ist ein Sanierungsbedarf festgestellt worden:

Brandschutzmaßnahmen, Erneuerung der Heizungssteuerung, Bodensanierung im Technikraum – sind dabei nur einige Maßnahmen. Bei einigen Schulen sind seit Jahren bekannte und notwendige Sanierungsmaßnahmen noch nicht im Wirtschaftsplan der GWN berücksichtigt worden.

#### Wir beantragen,

- dass die bereits vorhandene Liste der notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Schulen aktualisiert wird, eine Priorisierung durchgeführt und diese mit den Schulleitungen abgestimmt wird. Dadurch soll eine höhere Transparenz und auch Akzeptanz bei der Realisierung erreicht werden.  
Im 1. Halbjahr soll darüber im KA berichtet werden.
- dass 100.000 € für die dringendsten Sanierungsmaßnahmen am Hölderlinggymnasium eingestellt werden sollen.

#### 3.2 Kinderbetreuung

Eine ausreichende und funktionierende Kinderbetreuung ist eine Pflichtaufgabe, in die wir als Stadt investieren müssen, sei es, dass neue U3-Plätze geschaffen werden oder unsere Kinderhäuser ertüchtigt werden. Die Kinderbetreuungsplätze müssen aber auch für die Eltern bezahlbar sein.

#### Aus diesem Grund beantragen wir:

- die Elternbeiträge sozialverträglich nach Einkommensstufen festzulegen.
- die Sanierungsliste für die Kindergärten bzw. Kinderhäuser zu aktualisieren und eine Priorisierung festzulegen. Hierbei sind insbesondere die Brandschutzmaßnahmen zu berücksichtigen.
- den Masterplan für die Kinderbetreuung weiterzuentwickeln,
- bei den eingesetzten Leitungskräften in den Kindergärten müssen
  - o die Aufgaben und Zuständigkeit geklärt werden,
  - o die Leitungskräfte eine Budgetverantwortung erhalten, damit vor Ort Entscheidungen getroffen werden können,
  - o die Leitungskräfte müssen für ihre Aufgaben geschult werden. Dies muss beim Fortbildungsbudget berücksichtigt werden.
- der Familienpass sollte zu einer „Nürtinger Familien-Card“ weiterentwickelt werden. Ein Antrag mit detaillierter Ausführungen ist beigefügt.
- **Ein Beirat für frühkindliche Bildung („Kita-Beirat“) muss geschaffen werden:**  
Besetzung: Eltern, Freie Träger, Tageselternverein, Vertreter der Erzieherinnen, Stadtverwaltung, Gemeinderäte.

### 4. Hölderlinhaus

Nürtingen nennt sich – zu Recht – eine Schul- und Hölderlinstadt. So ist die Nürtinger Volkshochschule eine Bildungseinrichtung, deren Auftrag vom Land gefördert wird. Dieser Auftrag umfasst lt. Grundgesetz und Landesverfassung die allgemeine Weiterbildung und die politische Bildung. Er gilt flächendeckend auch als Instrument zur Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund.

Durch die Realisierung des Um- und Ausbaus des Hölderlinhauses wird die Attraktivität der vhs als zeitgemäße Bildungseinrichtung erhalten und gesteigert. Das gilt insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung.

Außerdem soll in dem Gebäude eine Hölderlin-Gedenkstätte eingerichtet werden. Damit wird auch die Attraktivität der Altstadt Nürtingens gesteigert.

**Wir beantragen,**

dass die Sanierung des Hölderlinhauses sowie geplant umgesetzt und die dafür notwendigen Haushaltsmittel für die nächsten 3 Jahre in Höhe von 4,6 Millionen Euro eingestellt werden.

## **5. Sport**

Nachdem die Sportvereine in Nürtingen einen Stadtsportverband gründen werden, muss auch eine Sportentwicklungskonzeption erstellt werden. Damit ist die Zukunftsfähigkeit unserer erfolgreichen Sportvereine zu sichern.

## **6. Verkehr und Umwelt**

**a) Stärkung des ÖPNVs durch den S-Bahn-Ringschluss von den Fildern ins Neckartal:**

Wir beantragen, dass sich die Stadt Nürtingen an der Entwicklung eines diesbezüglichen Konzepts mit anderen betroffenen Städten beteiligt und fordern dafür 2.000 € einzustellen.

**b) Verkehrsrechner:**

Mit dem neuen und teuren Verkehrsrechner waren große Hoffnungen verbunden, die bisher allerdings nur punktuell erfüllt wurden. Nachdem der Rechner nach langem Vorlauf in Betrieb gegangen ist, ist festzustellen, dass noch - orientiert am Verkehrsaufkommen zu den einzelnen Tageszeiten - diverse Verkehrspunkte optimiert werden müssen. Wir fordern, dass über die Optimierung im Bauausschuss berichtet wird. Die Bürger auch darüber entsprechend informiert werden.

**c) Autnutzbrücke in Neckarhausen:**

In der Bauausschuss-Sitzung im Dezember 2016 ist der Neubau der Autnutzbrücke in Neckarhausen beschlossen worden.

Wir beantragen, dass der dafür erforderliche Betrag in Höhe von ca. 300.000 Euro in den Haushalt eingestellt wird.

**d) Kreisverkehr:**

Wir beantragen, dass beim Straßenbau als Alternative für Ampelanlagen auch vermehrt Kreisverkehre realisiert werden. Andere Städte in der Region haben damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht und setzen konsequent auf Kreisverkehre. Wir bitten um Prüfung, ob an der Kreuzung Europa- / Mühlstraße ein Kreisverkehr einzurichten.

**e) Pfandbechersystem:**

Wir beantragen, dass die Stadt Nürtingen gemeinsam mit dem Citymarketing sowie dem Werbering Nürtingen die Einzelhändler für eine Kampagne für den Mehrweg-Kaffeebecher gewinnt und so die zunehmende Müllflut eindämmt. Andere Städte wie Tübingen und Freiburg haben bereits diese Kampagne gestartet. Ziel wäre es ein einheitlich standardisiertes Pfandbechersystem in Nürtingen einzuführen. Nach der Sommerpause soll im VA darüber berichtet werden.

## 7. Haushaltsübersichten – Ausgaben und Einnahmen

- **Ausbau Knotenpunkt Rümelinstraße/ Säerstraße:**  
Die Umsetzung der Maßnahme soll überprüft und erst im nächsten Jahren durchgeführt werden.
- **Straßenbeleuchtung:**  
Für die Straßenbeleuchtung soll in Zukunft ein Budget eingeplant werden. Die Priorisierung der einzelnen Maßnahmen soll selbstverantwortlich vorgenommen werden.  
Die Straßenbeleuchtung Olgastraße / Schmidstraße soll erst 2018 realisiert werden.



Nürtingen, den 11.01.2017

## Antrag: Konzept einer „Nürtinger Familiencard“

Die SPD-Fraktion beantragt:

1. **„Nürtinger Familiencard“**

Im Zuge der Beratungen über die Neuorganisation der Gebühren für Angebot der frühkindlichen Bildung erarbeitet und stellt die Stadtverwaltung ein Konzept zur Einführung einer „Nürtinger Familiencard“ vor.

2. **Rahmenbedingungen**

Die Familiencard soll allen Nürtinger Familien mit minderjährigen Kindern offenstehen. Sie weist verschiedene Förderstufen aus, die insbesondere aus der Höhe des Familieneinkommens, dem Bezug staatlicher Unterstützungsleistungen, sowie der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder ermittelt werden. Weitere Kriterien sind möglich (z.B. Unterhaltszahlungen, Mietkosten).

3. **Weiterentwicklung Familienpass**

In der „Nürtinger Familiencard“ geht der bisherige „Nürtinger Familienpass“ vollständig auf. Es findet keine Einschränkung von Leistungen für bisherige Inhaber des Familienpasses statt.

4. **Abwicklung Kindergartengebühren**

Sie dient weiterhin als automatischer Bezugspunkt für die Einstufung der Gebühren für Kindertageseinrichtungen. Die Verwaltung prüft, inwieweit auch eine dezentral organisierte Abwicklung der Anmeldung für Kindertageseinrichtungen bei Einrichtungen der Stadt und der Freien Träger durch die Familiencard (oder eine mit geringem Aufwand verfügbare Erweiterung) abgedeckt werden kann („Kita-Card“).

5. **Kooperationspartner**

Die Familiencard kann von Dritten als Anknüpfungspunkt für die Gewährung von Rabatten genutzt werden (z.B. Fortsetzung des Familienpasskonzepts; gestaffelte Kino- bzw. Freibadeintrittspreise). Zur Einführung und für begleitende Werbemaßnahmen zur Familiencard gewinnt die Verwaltung Kooperationspartner.

6. **Datenschutz**

Die Konzeption berücksichtigt eine angemessene Anonymisierung der Daten (z.B. Karte weist lediglich Ergebnis der Einstufung mit Buchstaben oder Zahlen aus).

7. **Beteiligung**

Im Rahmen der Konzeption werden Nürtinger Vereine, Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Nürtinger Firmen, die Elternbeiräte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise (z.B. Workshop) beteiligt.

8. **Abbau von Doppelstrukturen**

Die Verwaltung konzentriert die derzeit doppelte Erhebung von Daten, die für eine Ermäßigung erforderlich sind (Gewährung Familienpass und Einstufung der Gebühren), an einer Stelle.

## **Begründung:**

„Nürtingen als familienfreundliche Stadt“ ist die Überschrift, die Anlass und Ziel des Antrags der SPD-Fraktion abbildet. Im Zuge der gegenwärtigen Beratungen über die Anpassung der Kindergartengebührenordnung sind verschiedene Förderkonzepte in Gesprächen mit Elternbeiräten, Verwaltung und ErzieherInnen aufgekommen. Die Weiterentwicklung des Familienpasses zu einer „Familiencard“ verknüpft verschiedene dieser Ansätze:

- Als möglicher Anknüpfungspunkt für die Gebührenerhebung in Kindertageseinrichtungen reduziert sie Doppelstrukturen, da bislang sowohl bei der Prüfung des Familienpasses, als auch für die Einstufung innerhalb der Gebührenordnung eine Prüfung vorgenommen wurde. Gleichzeitig kann sie von Freien Trägern ebenso zur Erhebung von Gebühren zugrunde gelegt werden, sodass diese vergleichbarer werden.
- In dem der Familienpass für alle Familien geöffnet wird, entsteht ein Instrument, das allgemeine Rabatte verschiedenster Institutionen ermöglicht, die an eine Förderstufe angeknüpft werden können. So könnte der Freibadeintritt Familienrabatte mit der Familiencard jeder Förderstufe, besondere Rabatte für Großfamilien oder einkommensschwache Familien mit besondere Förderstufen verbunden werden.
- Das Stadtmarketing kann die Familiencard, gemeinsam mit gewonnenen Kooperationen der Nürtinger Vereine, Firmen und anderen Institutionen, als werbendes Aushängeschild der Stadt Nürtingen nutzen.
- Ideal wäre ebenso eine Verbindung zu einer neuen dezentralen Organisation des Anmeldeverfahrens für Kindertageseinrichtungen, das gleichermaßen für städtische, wie Einrichtungen in freier Trägerschaft gilt. Dies würde den gegenwärtigen Aufwand des zentralen Anmeldeverfahrens reduzieren und Ressourcen für dringende Aufgaben freierwerden lassen.

Um weitere – noch unbekannte – Synergieeffekte zu ermitteln, beantragt die SPD-Fraktion die Einbeziehung verschiedener betroffener Interessensgruppen. Insbesondere Freie Träger, Vereine und Firmen, von deren Einbeziehung der Nutzen einer Familiencard maßgeblich abhängig ist, sollen mit einbezogen werden.

Für bisherige Inhaber eines Familienpasses gilt eine Bestandsgarantie. Die Erweiterung der Zielgruppe soll ihre Leistungen nicht reduzieren. Gleichzeitig sollen direkte Freiwilligkeitsleistungen der Stadt zugunsten weiterer Familien durch diesen Antrag nicht ansteigen. Die „Förderstufen“ sollen dies entsprechend darstellen.

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung im Zuge der Konzepterstellung sowohl den zukünftig ersparten Verwaltungsaufwand, als auch zusätzliche Verwaltungsressourcen zur Umsetzung des Konzepts aufzuzeigen. Ggf. ist der Vorschlag einer einmaligen Gebühr zur Kompensation des Aufwands zu prüfen (Beispiel: 5€ Verwaltungsgebühren für die Karte bei gleichzeitiger Werbeaktion eines 5€ Rabatts für einen Eintritt / Einkauf in der Stadt).